

III. Klasse Schule statt Klassenschule

Während unser Land Friedrich Schiller feiert, erinnern wir daran, dass dieser Sohn eines mittellosen Soldaten unmöglich Dichter hätte werden können ohne ein kostenloses Studium in Stuttgart. Kaum anders sähe es mit dem Halbweisen Hölderlin aus, der wie Hegel, Mörike oder Hesse die Seminare kostenlos besuchen durfte. Die CDU/FDP-Regierung aber verbaut zunehmend Bildungschancen durch soziale Auslese, indem sie ein dreigliedriges Klassenschulsystem zementiert und Studiengebühren einführt.

Die neue PISA-Studie belegt: In Baden-Württemberg hat ein Arbeiterkind mit die schlechtesten Chancen, ein Gymnasium zu besuchen. Die Chancen der Hauptschüler auf eine Lehrstelle werden von Jahr zu Jahr schlechter. Die CDU/FDP-Bildungspolitik fördert Armut. Aussonderung erzeugt Verlierer. Verlierer aber sind nicht still. Sie tauchen zunehmend in den Statistiken der Polizei, der Jugendämter und der Psychiatrie auf. Der CDU-Wahlschlager „Kinderland Baden-Württemberg“ – für viel zu viele wird dies zur Geisterbahn.

Wir sagen: Soziale Gerechtigkeit muss bei der Bildung anfangen.

Eltern, Schüler/innen und Lehrer/innen haben in den letzten Jahren immer wieder gegen zu große Klassen, großen Unterrichtsausfall, Schulraumnot, Streichung von Fahrtkostenzuschüssen für Schüler, Streichung von Förderunterricht und völlig ungenügend vorbereitete Einführungen neuer Bildungspläne protestiert. Genützt hat es bisher nichts. Die wenigen Verbesserungen im Bildungsbereich zielen bewusst auf eine Elitebildung für wenige unter Ausnahmebedingungen, die auf Kosten der großen Mehrheit der Schüler durchgesetzt werden sollen.

Tatsache ist, dass

- in Grund- und Hauptschulen pro Schüler wöchentlich nur noch 30 Sekunden Förderunterricht für Deutsch und Rechnen zur Verfügung stehen,
- die Zuschüsse zur Schulsozialarbeit trotz des großen Bedarfs und ihrer guten Erfolge gestrichen wurden,
- der Unterrichtsausfall in Berufsschulen seit Jahren ein großes Ausmaß angenommen hat und Krankheitsvertretungen „Mangelware“ sind,
- die Gruppen- und Klassengröße für Schüler zu unerträglichen Lernsituationen, für Lehrer zu enormer Mehrbelastung führt,
- viele Schulen seit Jahren großen Renovierungsbedarf haben,
- die Lernmittelfreiheit weiter ausgehöhlt und öffentlich in Frage gestellt wird, die Gemeinden im Land von Jahr zu Jahr weniger Geld für die Schulen bekommen,

Die Landesregierung trägt so dazu bei, dass Deutschland als drittstärkste Industrienation der Welt seine Kinder vernachlässigt und deutsche Schüler/innen anderthalb Schuljahre hinter finnischen Kindern zurückliegen. Fast zwanzig Prozent der Hauptschüler werden ohne genügende Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen entlassen, meist in die Arbeitslosigkeit.

Obwohl Baden-Württemberg zu den reichsten Regionen der Welt gehört, wachsen hier 170.000 Kinder unter Armutsverhältnissen auf. In ganz Deutschland sind es seit Januar 2005 bereits 1,7 Mio. Kinder bis 15 Jahren, die in ihrer Entwicklung, ihrer Gesundheit, ihrer Bildung und in ihren Fähigkeiten benachteiligt und ausgegrenzt werden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband weist darauf hin, „dass diese Rekordkinderarmut mit In-Kraft-Treten von Hartz IV quasi über Nacht entstand.“ Das veraltete dreigliedrige Schulsystem verschärft ihre soziale Notlage noch durch fehlende Fördermöglichkeiten und Auslese: „Ist das Kind erst mal auf der Hauptschule, bleibt es auch dort, denn im deutschen Schulsystem wird vornehmlich

nach unten selektiert und nicht nach oben gefördert.“ (Deutscher Kinderschutzbund)

Wir brauchen einen Landesentwicklungsplan Bildung

Die WASG fordert einen völligen Neubeginn in der Bildungspolitik, der von den Kinderkrippen, Kindergärten und Grundschulen ausgehen und die sozialen Unterschiede in den Familien ausgleichen muss. Statt die bisherige Mängelverwaltung fortzusetzen und die Entwicklung unserer Kinder von der jeweiligen Konjunkturlage abhängig zu machen, brauchen wir einen „Landesentwicklungsplan Bildung“. Dafür muss die Landesregierung ausreichend Geld zur Verfügung stellen, anstatt den bankrotten Kommunen wie bei den Ganztagschulen immer mehr Aufgaben ohne Gegenfinanzierung zuzuordnen. Bildung ist eine gesellschaftliche Grundaufgabe, die von allen finanziert werden muss. Sie muss für alle frei zugänglich sein und der allseitigen Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft dienen. Deshalb darf sie nicht durch Privatisierung der demokratischen Kontrolle entzogen werden, im Gegenteil: Eltern und Schüler müssen mehr Mitspracherechte bekommen. „Die WASG lehnt deshalb jede Form der Privatisierung von Bildung und Bildungseinrichtungen sowie Teilen davon, wie auch alle Formen des sogenannten Public Private Partnership oder von Outsourcing ab.“

Die Lehrer/innenausbildung bereitet zu wenig auf die tatsächlichen Aufgaben vor und muss in diesem Sinn reformiert werden. Sie ist das wichtigste Element der Qualitätsentwicklung. Wichtige Lehrerfortbildungsmaßnahmen müssen z.Z. nicht selten zum Schulhalbjahr eingestellt werden, weil einfach kein Geld mehr da ist.

Für Schüler muss Schule das zentrale Feld zur Einführung in Demokratie werden. In Klassenversammlung und Schulversammlung, als Klassensprecher/in, Schüler/inmentoren und Streitschlichter/in können sie Verantwortung erlernen. Sie müssen in die Festlegung von Unterrichtsinhalten der Schulordnung einbezogen werden.

Wir fordern die Aufnahme von Klassen- und Schulversammlung ins Schulgesetz und eine echte Schüler/innen-Mitbestimmung.

Vorschulische Bildung muss Schwerpunktaufgabe werden

Jedes siebte Kind im Land - in großen deutschen Städten wie Mannheim jedes vierte bis fünfte Kind - wächst bereits unter Armutsverhältnissen auf (Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2005). Besonders dramatisch ist die Lage von alleinerziehenden jungen Müttern. Fehlende Kinderkrippen (2,3 Prozent Plätze für Kinder unter drei Jahren!) verhindern eine Erwerbsarbeit. Teure Krippenplätze und Kindergärten können sich bald nur noch gut verdienende Eltern leisten. Die Wirklichkeit spricht der Propaganda vom „Kinderland Baden-Württemberg“ Hohn! Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel zu einer positiven Lernentwicklung. Kindertageseinrichtungen müssen als Bildungseinrichtungen anerkannt werden. Lernen und Spielen dürfen keine Gegensätze mehr sein. Ziel dabei darf nicht die Verschulung des Kindergartens und die Vorverlagerung von Schulstoff in den Kindergarten sein, sondern die gezielte Förderung von benachteiligten Kindern und die Herstellung echter Chancengleichheit zu Schulbeginn. Wie die Grundschulen müssen Krippen und Kindergärten die Aufgabe bekommen, die Benachteiligungen der sozialen Herkunft auszugleichen. Auch in der Nähe der Betriebe müssen ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Wenn Kinder zum Beispiel wegen der Arbeitsstelle der Eltern eine Kindertageseinrichtung außerhalb des Wohnorts besuchen, darf es keine Benachteiligung bei Wartelisten oder Kosten geben.

Der vom Land mit den Trägern abgesprochene „**Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Tageseinrichtungen**“ soll aber nur an 30 Pilotkindergärten gelten und ist wie

das Konzept „**Schulreifes Kind**“ nicht mit den notwendigen Ressourcen versehen. So sollen nur die Kooperationslehrer/innen der Schulen und die Fachberater/innen fortgebildet werden, nicht aber die Erzieher/innen und Lehrer/innen selbst!

Für das Kind sind Erzieher/innen die wichtigsten Personen nach den Eltern. Diagnose und gezielte Förderung – wie zum Beispiel Sprachförderung für Migrant/innenkinder - verlangen eine Verbesserung von Ausbildung und Status bei Erzieherinnen und eine Begrenzung der Gruppengröße. Der Besuch des Kindergartens muss kostenlos und für die zwei Vorschuljahre verpflichtend sein.

Als erste Schwerpunkte fordern wir:

- Ausreichende und kostenlose Krippen und Kindergärten am Wohnort oder im Bereich der Arbeitsstätten und Verrechnung der Kosten zwischen anbietenden Gemeinden und Wohngemeinden
- Qualifizierte Förderung von Sozialverhalten, Bewegung, Sprache, Sinnen, Denken und Werten durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen
- Öffnungszeiten der Kindergärten, die die Vereinbarkeit von Arbeit und Kind ermöglichen
- Begrenzung der Gruppengrößen auf maximal 21 Kinder bei Einsatz von zwei qualifizierten Fachkräften, um individuell auf Kinder eingehen zu können. Eine ausreichende Vorbereitungszeit von 30 % ist einzuplanen. Ziel sind die EU-Standards, die eine maximale Gruppengröße von 15 und einen Schlüssel Erzieherinnen-Kinder von 1:8 vorsehen

Auf gesundheitliche Vorsorge und angemessene Ernährung ist in diesen Einrichtungen besonders zu achten.

Die Benachteiligung der Grund- und Hauptschulen muss beendet werden

In den letzten Jahren sind den Grundschulen immer neue Aufgaben bei größeren und schwierigeren Klassen zugewiesen worden. Lehrkräfte hatten keine Chance, sich dafür zu qualifizieren. Die IGLU-Länderstudie stellte fest, dass schon die Schullaufbahneempfehlung in Klasse 4 vom Geldbeutel und Bildungsabschluss der Eltern abhängt. Statt die Kinder mit ihren Problemen allein zu lassen, benötigen sie Förderunterricht und kostenlose Zusatzangebote. Die Hauptschule trägt die Hauptlast der Integration jugendlicher Migrant/innen. Theoretisch gibt es sowohl Vorbereitungsklassen für neu zugezogene Schüler als auch Förderkurse. Faktisch sind die Maßnahmen kaum vorhanden, da die Schulen dafür keine Stunden bekommen. Gleichzeitig sind gerade in den Städten mit den höchsten Migrant/innen-Anteilen die Klassen am größten. Angesichts der schwierigen Verhältnisse an Hauptschulen und der geringeren Bezahlung als in anderen weiterführenden Schulen ist es kein Wunder, dass immer weniger junge Leute an Hauptschulen unterrichten wollen. Die WASG setzt sich daher für die Angleichung der Eingangsbesoldung von Grund- und Hauptschullehrer/innen an das Niveau der Realschulen ein.

Von der Grundschule an muss in Erziehung und Bildung ein Zusammenwirken von Lehrkräften, Sozialarbeitern und Psychologen praktiziert werden, wie dies in den skandinavischen Ländern seit langem erfolgreich praktiziert wird.

Dazu gehört auch die Kooperation mit Lehrkräften von Sonderschulen und die Verbesserung der Integration Behinderter in Regelschulen.

Länger gemeinsam lernen

Das dreigliedrige Schulsystem ist auch in Baden-Württemberg gescheitert. In den Städten liegt der Schüleranteil der Hauptschule teilweise schon unter 10 %, davon sind über 75 % Migranten/innen. Eine demokratische Schule kann niemals eine Schule sein, die die Kinder nach den konservativen Vorstellungen des letzten Jahrhunderts in drei Klassen trennt. Die WASG tritt ein für eine wohnortnahe Schule, in der alle Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen und solidarisch gefördert werden nach dem Prinzip „Von den Besten lernen – die Schwächeren unterstützen“.

Dies ist nur langfristig durchsetzbar. Benachteiligten Schülerinnen und Schülern muss aber schnell geholfen werden.

Wir kritisieren, dass ausgerechnet die Schüler, die am meisten Förderung brauchen, nämlich die Hauptschüler, mit 9 Jahren die kürzeste Schulzeit haben. Ein 10. Schuljahr auch an Hauptschulen sollte entweder dem Erwerb des Realschulabschlusses dienen oder als Praxiszug in Kooperation mit den beruflichen Schulen gestaltet werden und so die Ausbildungsfähigkeit verbessern.

Wir wollen:

- Begrenzung der Schüler/innenzahl in Brennpunkthauptschulen auf 16
- Aufwertung der Hauptschule und ihre Verlängerung auf zehn Schuljahre
- Förderunterricht in Lesen, Rechnen und Schreiben, auch als Mittel zur Integration, ausgewiesen in der Stundentafel

Wir schlagen vor, dass alle Schulen der Sekundarstufe I alle Abschlüsse vergeben können (Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Übergang zur Sekundarstufe II).

Kurzfristig fordern wir:

- Ausdehnung der Grundschule auf die ersten sechs Schuljahre.

Die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Schuljahre kann pädagogisch nicht begründet werden, da sie nicht von einer wirklichen Reform der Fächer und Inhalte begleitet wurde. Sie nimmt keinerlei Rücksicht auf die Entwicklung der Kinder in ihren schwierigsten Jahren, setzt sie einem enormen Stress aus, den nur noch die stärksten durchhalten können und führt zu einer Aufblähung privater Nachhilfeinstitute. Zudem macht sie ein Wechseln zwischen den Schularten fast unmöglich. Wir setzen uns kurzfristig ein für die

- Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums und die
- Angleichung der Bildungspläne der Schularten bis Klasse 10

Langfristig streben wir eine Integration der Sekundarstufe I an sowie eine Aufwertung der Berufsschulbildung. Auf diesem Weg kann auch die Studienberechtigung erworben werden. Schule ist Lebensraum für Kinder und muss eine Atmosphäre zum Wohlfühlen und Lernen, Gelegenheit zur Bewegung und zur Entfaltung kreativer Fähigkeiten bieten. Dazu gehört besonders in großen Städten auch das Schulfrühstück.

Wir brauchen eine Schule, die die individuellen Lernwege berücksichtigt. Die Schulen benötigen nicht nur neue Bildungspläne, sondern Unterstützung bei einer grundlegenden Bildungsreform.

Wir fordern daher

- Eingangsdiaagnosen an den Schulen und daraus abgeleitete individuelle Förderpläne
- Regelmäßige Elterngespräche ersetzen in den ersten vier Jahren die Ziffernnoten

Schulklassen dürfen keine Hörsäle sein. Kinder brauchen Zuwendung und Aufmerksamkeit. Offener Unterricht braucht Raum.

- Keine Klasse über 25 Schüler/innen sofort!

Wir brauchen eine Schule, in der die Schüler/innen zu selbstbewussten jungen Menschen heranwachsen, in der sie ihre Fähigkeiten kennen lernen, sie entwickeln und ihnen vertrauen und so für die Anforderungen des weiteren Lebens gerüstet sind.

Kostenlose Ganztageschulen für das gesamte Land

Der gleichmäßige und sofortige Ausbau von Ganztageschulen, bezahlt aus Landesmitteln muss absoluten Vorrang haben. Bisher haben nur 1,4 % der Grundschulen und knapp 4 % der Realschulen Ganztagsbetrieb. Ihren Bau vom Antragsengang („Windhundverfahren“) oder von angeblich eingesparten Hartz-IV-Geldern der Kommunen abhängig zu machen, zeugt von der Verantwortungslosigkeit der Landesregierung in Sachen Bildung und Zukunft unserer Kinder.

Ganztageschulen können der gesundheitlichen und seelischen Verwahrlosung entgegenwirken. Sie ermöglichen individuelle Förderung, soziales Lernen und einen breiteren Zugang zur Kultur durch sinnvolle Angebote, z.B. bei Sport, Musik und Theater. Die Angebote müssen kostenlos sein und die Fachkräfte müssen entsprechend ihrer Ausbildung und nicht als Billigstarbeitskräfte bezahlt werden. Eltern können das Angebot ergänzen, jedoch die Fachkräfte nicht ersetzen. Jede Schule muss in Zusammenarbeit mit Lehrern, Sozialpädagogen, Psychologen, Schülern und Eltern ein für das Umfeld der Schule stimmiges pädagogisches Konzept erstellen. Notwendige Übungen zur Vertiefung des Lernstoffes sollen in den Unterricht integriert und nicht in Form von Hausaufgaben erstellt werden, um die Benachteiligung der Kinder, denen zu Hause nicht geholfen werden kann, zu verringern.

Eine gesunde Ernährung mit Frühstück und Mittagessen, Bewegungsangeboten und Gesundheitserziehung muss dabei gewährleistet sein.

Die verlässliche Grundschule bis 13.30 Uhr reicht nicht aus, um Arbeit und Kinder besser vereinbar zu machen. Nach dem Hort darf keine Betreuungslücke entstehen.

Realschulen dürfen von der Notwendigkeit der Ganztageschulentwicklung nicht ausgeschlossen werden.

Deshalb fordert die WASG:

- Flächendeckender Ausbau von Ganztageschulen im gesamten Land mit Schwerpunkt bei den Grund-, Haupt- und Realschulen
- Kostenlose Ganztagsangebote für alle, um Entwicklungsunterschiede auszugleichen und jedem/jeder Schüler/in die Chance auf einen Schulabschluss zu geben
- Einsatz von qualifizierten Pädagog/innen und Sozialarbeiter/innen. Jugendhelfer/innen aus Vereinen und Eltern können wichtige Zusatzangebote machen. Diese müssen allerdings angemessen bezahlt werden. Wir schlagen einen Satz von 14 €/Stunde vor.
- Aufhebung des Beschlusses, in den nächsten Jahren 8.000 Lehrerstellen zu streichen und Verwendung dieser Stellen zur Verbesserung der pädagogischen Arbeit

Lernmittelfreiheit erhalten - in Schulen investieren

Die „Väter“ der Landesverfassung haben der Lernmittelfreiheit mit guten Gründen Verfassungsrang gegeben. CDU und FDP haben immer wieder Versuche unternommen, die Lernmittelfreiheit abzuschaffen. Auch der Gemeindetag verlangt die Streichung der Lernmittelfreiheit und die weitere Abwälzung von Kosten für Schulbücher auf die Eltern. Bisher sind die Versuche, die Verfassung zu verbiegen, vor den obersten Gerichten gescheitert. Schon jetzt müssen Eltern allerdings erhebliche Summen für den Schulbesuch

aufbringen, was besonders Alleinerziehende und Hartz-IV-Bezieher in Nöte bringt. Täglich werden die Grundrechte, die Landesverfassung und die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs unterlaufen, wenn etwa die Bezahlung von Arbeitsblättern, Arbeitsheften oder Klassenlektüren verlangt wird oder neue Schulbücher nicht angeschafft werden können.

- Die WASG setzt sich daher für eine uneingeschränkte Lernmittelfreiheit ein.

Wir verlangen, dass den Schulen die für Lehr- und Unterrichtsmittel und den sonstigen inneren Schulbetrieb notwendigen Gelder vom Land direkt und zweckgebunden zugewiesen werden.

Die immer verwirrender werdende Aufgabenverteilung zwischen Gemeinden und Land im Bereich der Bildungsfinanzierung blockiert wichtige Entscheidungen. Mit vielen Entwicklungen sind einzelne Gemeinden überfordert und werden es in Zeiten rückläufiger Schülerzahlen und damit verringerter Finanzaufweisungen noch mehr sein. Andererseits streicht das Land Zuschüsse für Schulsozialarbeit und lastet die Kosten den Kommunen auf. Wir fordern eine Aufgabenbereinigung, bei der das Land für alle Bereiche der Inhalte und des pädagogischen Personals zuständig ist, die Mittel für den inneren Schulbetrieb den Schulen aber unmittelbar zugewendet werden.

Wir schlagen eine öffentliche Debatte darüber vor, ob nicht ein Teil der Einkommenssteuer zweckgebunden hierfür eingesetzt werden sollte.

Die bisherigen Schulbaurichtlinien enthalten eine Begrenzung der Förderungsfähigkeit bei Raumgrößen von Klassenzimmern und Raumkonzepten. Sie passen mit den Notwendigkeiten von Ganztageschulen und moderner Pädagogik nicht zusammen. Dies muss in den Schulbaurichtlinien endlich berücksichtigt werden. Die Sanierung von Schulen muss ins System der gemeinsamen Bildungsfinanzierung einbezogen werden.

Jugendlichen eine berufliche Perspektive geben

Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass immer mehr Jugendliche am Anfang ihres Berufslebens keine Lehrstelle angeboten bekommen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich von 4,5 Prozent (1990) auf 11,7 Prozent (2004) verdreifacht und den höchsten Stand seit 1949 erreicht. In Baden-Württemberg bilden nur noch 28 Prozent der Betriebe aus. Von Jahr zu Jahr werden mehr Jugendliche ohne Perspektive in „Weiterbildungsmaßnahmen“ abgeschoben. Auch nach Warteschleifen wie dem BVJ finden viele Jugendliche keine Ausbildungsstellen. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze und auch mehr Modelle für eine vollschulische Ausbildung. Dazu bedarf es einer solidarischen Bildungsfinanzierung. Alle Unternehmen müssen daran beteiligt werden. Wer ausbildet, wird entlastet, wer nicht ausbildet, belastet. An den beruflichen Schulen sollen Grundausbildungen angeboten werden, die zusammen mit Ausbildungsmodulen in Betrieben zu Kammerprüfungen führen.

Wir fordern daher:

- Jede/ jeder Jugendliche muss ein Lehrstellenangebot entsprechend seinen Fähigkeiten erhalten
- Ausbildungsplatzumlage: Wer nicht ausbildet, muss zahlen und damit die Betriebe unterstützen, die ausbilden bzw. gleichwertige Angebote der außerbetrieblichen Ausbildung finanzieren
- Beseitigung des chronischen Unterrichtsausfalls an den beruflichen Schulen
- Fremdsprachenunterricht im Rahmen der dualen Ausbildung

Ausbau der Hochschulen – kostenloses Studium

Teure Privatuniversitäten und die Einengung der Förderung auf Eliteuniversitäten führen dazu, dass die Mehrheit der Hochschulen immer mehr zu einem Massenbetrieb verkommt und von Drittmitteln abhängig gemacht wird. Nicht nur wird die Selbstständigkeit der Hochschulen abgeschafft und immer mehr der politischen Willkür der Landesregierung unterworfen, sondern auch die Wirtschaft gewinnt durch die erhöhte Repräsentanz und die daraus resultierenden Mitentscheidungsmöglichkeiten in Hochschulgremien zunehmend Einfluss auf Forschungs- und Lehrinhalte sowie die Organisation der Hochschulen. Schon jetzt müssen ca. 2/3 der Studierenden neben dem Studium arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, wodurch sich die Studiendauer zwangsweise verlängert. Die Einführung von Studiengebühren ist ein völliger Irrweg aus der finanziellen Sackgasse und verschärft die soziale Auslese im Bildungssystem. Gerade wegen der ungenügenden Chancengleichheit liegt Deutschland im internationalen Maßstab bei der Zahl der Studenten/innen weit hinten.

Unsere Forderungen:

- Kostenloses Studium
- BAföG wird für berechtigte Studenten/innen als Zuschuss bezahlt
- Keine Einführung von Studiengebühren
- Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft mit hochschulpolitischem und allgemeinpolitischem Mandat sowie finanzieller Autonomie
- Rücknahme der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen
- Keine Verschulung des Studiums
- Keine finanzielle und sonstige Unterstützung von privaten Hochschulen
- Einsatz der Landesregierung im Bundesrat für ein elternunabhängiges und existenzsicherndes BAföG ohne Rückzahlung
- Sofortiger Ausbau von Räumen und Einstellung von Lehrkräften für mindestens weitere 17.000 Studienanfänger/innen

Weiterbildung

In den Sonntagsreden wird berufliche Weiterbildung als wichtige Zukunftsaufgabe beschrieben.

Die WASG fordert deshalb eine gesetzliche Regelung in Baden-Württemberg für eine Woche Bildungsurlaub.

Die Situation der im Bereich der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung Beschäftigten ist aber zunehmend geprägt von der Aufhebung sozialer Standards, Ausgliederung aus Tarifverträgen und Privatisierung. Viele Lehrkräfte müssen als eine Art „Tagelöhner“ ohne Absicherung durch die Sozialversicherung arbeiten. Das Land ist hier mit verantwortlich, wenn es z.B. die Volkshochschulen nur mit 6,6 % bezuschusst (Bundesdurchschnitt 15,1 %). Wir setzen uns dafür ein, dass die Weiterbildung neben Kindertageseinrichtungen, Schule, Hochschule und beruflicher Bildung als fünfte Säule des Bildungswesens und als öffentliche Aufgabe anerkannt wird.

Wir stehen hinter den dort Beschäftigten, die für tarifvertraglich und sozialversicherungspflichtig gesicherte Verträge kämpfen.

